

REZ

Rat für Entwicklungs-
zusammenarbeit

**»Lokale Lösungen
für globale
Polykrisen«**

Globale Verantwortung jetzt!

Expert:innenpapier des Rats für Entwicklungs-
zusammenarbeit Baden-Württemberg

Ausblick und Empfehlungen zur 18. Wahlperiode

**»Gesellschaft-
licher Zusam-
menhalt statt
Spaltung«**

**»Brücken von
Baden-Württem-
berg in die
Welt bauen
statt Chancen
verpassen«**

2025

Warum wir Entwicklungspolitik made in Baden-Württemberg brauchen

Entwicklungspolitik ist keine Nebensache – sie ist ein zukunftsweisender Beitrag zu Frieden, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Nachhaltigkeit für uns alle.

Weltoffenheit ist das Erfolgsrezept Baden-Württembergs. Der Export und viele Fachkräfte mit ausländischen Wurzeln halten unsere Wirtschaft am Laufen. Innovativste Region Europas sind wir, weil Wissenschaft und Bildung auf weltweiten Austausch setzen. Unsere Lebensart und Kultur gründen sich auf respektvollem Miteinander über alle Grenzen hinweg.

Aber Krieg und Spaltung, Zölle und Populismus sind weltweit auf dem Vormarsch. Das ist brandgefährlich für die Sicherheit und den Wohlstand Baden-Württembergs. Baden-Württemberg muss sich deshalb jetzt klar und glaubwürdig zu einer „Koalition der Konstruktiven“ bekennen und handeln: Denn die meisten Herausforderungen unserer Zeit – Gefährdung von Frieden und Wohlstand, Flucht und Migration, Klimawandel und Pandemien – werden wir auf dieser Welt entweder gemeinsam meistern oder eben gar nicht. Als starkes Bundesland und führende europäische Region muss Baden-Württemberg selbst Teil der Lösung sein: insbesondere auch durch gute Entwicklungspolitik, die genau die drängenden Baustellen der Zukunft bearbeitet.

Hier im Land gibt es dazu erfahrene und bestens vernetzte Akteur:innen. Diese gilt es zu stärken: Städte und Gemeinden, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, Kirchen und Stiftungen, Schulen und Hochschulen, Verwaltung und Politik sowie insbesondere die jungen und zugewanderten Menschen leben seit Jahrzehnten eine weltweit hoch angesehene entwicklungspolitische Tradition in Baden-Württemberg. Sie ist geprägt von kleineren und mittelständischen Aktionen. Diese sind besonders wirksam und effizient, dauerhaft und glaubwürdig. Das breite Bündnis an Akteur:innen hat sich 2013 mit den Entwicklungspolitischen Leitlinien eine ambitionierte Verfassung gegeben – sie stehen im Einklang mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

Fünf Instrumente bilden ihr Rückgrat:

- 1. Die Verankerung von Entwicklungspolitik in der Regierungszentrale:**
Mit Vertretung im Kabinett und ressortübergreifendem Koordinierungsreferat. Die kontinuierliche Koordination mit dem Bund und der EU, den Kommunen und den gesellschaftlichen Akteur:innen sorgt dafür, das Baden-Württemberg im Ländervergleich überdurchschnittlich viele Mittel einwirbt und so bspw. die Landesmittel für Burundi verdoppelt.
- 2. Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg als Brückenbauerin:**
Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) ist die erfahrene Brückenbauerin zwischen allen relevanten Ebenen im Land: Sie pflegt Partnerschaften mit den entscheidenden Netzwerken aus Politik, internationaler Zusammenarbeit, migrantisch-diasporischen Akteur:innen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Ihr aktives entwicklungspolitisches Netzwerk umfasst 13.900 Menschen. In den letzten 5 Jahren haben rund 144.000 Menschen an Veranstaltungen der SEZ teilgenommen. Über ihre Kommunikationskanäle erreicht die SEZ unterschiedlichste Zielgruppen; auf Social Media spricht sie auf 8 Kanälen mit über 9.300 Follower:innen.
- 3. Die personelle Förderung von Promotor:innen:**
In Baden-Württemberg engagieren sich tausende Menschen in Vereinen überwiegend ehrenamtlich. Das beim Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. koordinierte Eine Welt-Promotor*innen-Programm stärkt dieses Engagement. Es unterstützt Organisationen, Initiativen und die Bürger:innen in ihrem Einsatz für globale Themen. 19 Eine Welt-Promotor:innen sind bei 16 entwicklungspolitischen Organisationen in Baden-Württemberg angesiedelt. Durch sie wurden 2024 552 Veranstaltungen, Kampagnen und 632 Beratungen durchgeführt.

4. Die finanzielle Projektförderung über bwirkt!:

Die SEZ vergibt mit dem Förderprogramm bwirkt!, bestehend aus den Linien bwirkt! Inland, bwirkt! Ausland und bwirkt! Burundi, Mittel des Landes Baden-Württemberg, um das entwicklungspolitische Engagement der Zivilgesellschaft zu unterstützen. 2024 wurden über bwirkt! 51 Projekte in 22 Ländern gefördert und 34 Beratungsgespräche geführt.

5. Die Vernetzung von Welt:Bürger gefragt! mit der Messe Fair Handeln:

Die Menschen in Baden-Württemberg sind durch den Dialog Welt:Bürger gefragt! direkt an der internationalen Zusammenarbeit beteiligt und mit der Messe Fair Handeln vernetzt. 2024 haben 60.000 Menschen die 103 Aussteller:innen und über 500 Menschen die Fach- und Netzwerkveranstaltungen der Fair Handeln besucht.

- **Diese 5 Pfeiler bilden die Basis des entwicklungspolitischen Bündnisses in Baden-Württemberg – sie müssen politisch verankert und strukturell gefördert werden! Sie sorgen für Effizienz, Wirksamkeit und Langfristigkeit. Mit Blick auf die aktuellen Krisen und Konflikte sowie die wachsenden globalen Herausforderungen sollten diese Pfeiler dringend erhalten, finanziell angemessen abgesichert und ausgebaut werden.**
Mehr zu Entwicklungspolitik als Gemeinschaftsaufgabe ab S. 4.

Die Kombination aus einem starken Bündnis, einer langen Tradition und vor allem aus dem beispielhaften Engagement vieler Menschen hat Baden-Württemberg unter den deutschen Ländern und den europäischen Regionen zum Vorreiter gemacht. So steht etwa der Friedensnobelpreis für Denis Mukwege und Nadia Murad in einem engen Zusammenhang mit dem langjährigen Engagement vieler Unterstützerinnen und Unterstützer aus Baden-Württemberg.

Kommunen und Kirchen, Schulen und Hochschulen sind wichtige Stützen und ein unverzichtbares Forum für alle Menschen, die entwicklungspolitisch aktiv sind. Diese Stützen müssen gestärkt werden. Sie sichern in schwierigen Zeiten das zivilgesellschaftliche Engagement: Dieser persönliche und oft ehrenamtliche Einsatz ist hocheffizient, besonders langfristig und sehr erfolgreich. Er ist das Herzstück unserer Entwicklungspolitik. Und ihr Erfolgsfaktor, wie diese Beispiele zeigen:

- Das von der Landeshauptstadt Stuttgart geförderte Welthaus Stuttgart e.V. bietet mit Laden und Café, Vereinshub und Veranstaltungsprogramm einen zentralen Kristallisationspunkt für alle Akteur:innen im Großraum.

- Die Hochschule Kehl hat zum Aufbau etlicher Verwaltungshochschulen in Afrika beigetragen; aktuell engagiert sie sich in Burundi.
Mehr zu zivilgesellschaftlichem Engagement ab S. 7.

Besondere Förderung verdient das Engagement junger Menschen und all derjenigen, die globalen Einsatz zeigen, indem sie Brücken in ihre Herkunftsländer bauen. Denn bei beidem ist Baden-Württemberg besonders innovativ. Hier ist Baden-Württemberg beispielgebend für Menschen auf der ganzen Welt:

- Das Interkulturelle Promotor*innen-Programm (IKPP) fördert das Potential von migrantischen Organisationen. 2024 hat es mit 90 Veranstaltungen 6.870 Menschen erreicht und 1.680 Beratungen angeboten.
Mehr zu Migrantischem Engagement ab S. 8.
- Mit dem EU-Projekt Mindchangers wurden in Baden-Württemberg 22 Projekte gefördert und insgesamt 355.879 Menschen über Social Media erreicht. Es wurden 4 regionale Konferenzen, 11 Capacity Buildings und eine Vielzahl an Netzwerkkooperationen durchgeführt. Was junge Menschen bewegt, ist in der Mindchangers Youth Declaration nachzulesen.
Mehr zu Jungem Engagement ab S. 10.

Die wichtigste Ressource Baden-Württembergs sind nicht Bodenschätze. Es ist die Bildung seiner Menschen. Hier muss Baden-Württemberg international führend bleiben. So sichert es seinen Wohlstand. Dafür müssen wir die Bildungsinhalte an die globalen Herausforderungen anpassen. Das geht nicht ohne Austausch und Zusammenarbeit dem Globalen Süden. Denn dort leben künftig mit Abstand die meisten jungen Menschen. So funktioniert entwicklungspolitische Bildung:

- Rund 300.000 Gäste haben 2024 den Weltacker, ein Kooperationsprojekt des Dachverbands für Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB) und des Eine-Welt Forums Mannheim e.V., auf der Bundesgartenschau in Mannheim besucht. Mehr als 100 Workshops mit Kindern und Jugendlichen aus Schulen und Kindertagesstätten fanden statt. Jetzt lebt dieses Projekt als mobiles Bildungskonzept Weltacker 2GO weiter und lädt noch mehr Menschen zur Beteiligung ein.
- Ganze 169 Schulen in Baden-Württemberg tragen dank ihres ständigen Engagements die Auszeichnung als Fairtrade School und es werden immer mehr.

- Beim Africa Centre for Transregional Research an der Universität Freiburg werden transregionale und wechselseitige Afrikastudien durchgeführt sowie gesellschaftlicher Austausch gelebt.

► **Bildungsinhalte und -strukturen müssen dringend an die globalen Herausforderungen angepasst werden.**

Mehr zu Bildung und Wissenschaft ab S. 13.

Baden-Württemberg braucht eine freie und faire Welthandelsordnung. Ihre Regeln, etwa zu Zöllen oder Ressourceneffizienz, Umwelt- und Sozialstandards, sind aktuell in Gefahr. Entwicklungspolitik hilft dabei, hier Verlässlichkeit wiederherzustellen. Dazu müssen sich Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammentun. Denn so finden wir Verbündete für unsere Anliegen im Globalen Süden. Nur partnerschaftlich erreichen wir diese Ziele:

- Dabei fungiert der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband e.V. als wichtiger Brückenbauer. Als bedeutender Verband ist er breit in der Wirtschaft verankert. Weltweit beteiligt er sich – etwa über die GESTE – Genossenschaftliche Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit – seit Jahrzehnten an vielen entwicklungspolitischen Projekten zur Förderung von Genossenschaften.

► **Die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Zivilgesellschaft muss unterstützt und vertieft werden, um zusammen mit den Partner:innen im Globalen Süden globale Herausforderungen zu adressieren.**
Mehr zu Wirtschaft ab S. 16.

Der afrikanische Nachbarkontinent wird für Baden-Württemberg zunehmend unverzichtbar. Denn vormals bewährte Partnerschaften in Ost und West geraten ins Wanken. Deshalb sollten ressortübergreifend und gemeinsam mit den relevanten gesellschaftlichen Akteur:innen die großen Potenziale des Globalen Südens adressiert werden, wie etwa Wissen, Fach- und Pflegekräfte, neue Märkte, wissenschaftlicher und kultureller Austausch, erneuerbare Energien und Rohstoffe, geostrategische Bündnisse und Solidarität in Krisen. Die Demographie unterstreicht Afrikas Potenziale: Vor dreißig Jahren entsprachen sich die Bevölkerungszahlen von Afrika und Europa; in zehn Jahren leben dort dreimal so viele Menschen wie hier. Im Jahr 2030 wird eine von zwei Personen, die in den globalen Arbeitsmarkt eintritt, aus Sub-Sahara-Afrika stammen.

► **Baden-Württemberg braucht eine veritable Afrika-Strategie, die auf dem Gutachten „Afrika im Blick“ aufbaut und mit angemessenen Haushaltsmitteln in den relevanten Ressorts unterlegt ist.**
Mehr zur Afrika als Chancenkontinent ab S. 5.

Partnerschaften schaffen Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Beides braucht Baden-Württemberg als gute Grundlage für seine internationalen Beziehungen. Aus Baden-Württemberg gibt es zum Glück Hunderte von Partnerschaften in alle Welt. Besonders Schulen und Hochschulen, Kirchengemeinden und Städte engagieren sich effizient und langfristig in kleineren und mittleren Partnerschaften mit dem Globalen Süden.

- AMAHORO! Landespartnerschaft
- Partnerschaftsinitiative Nordirak
- Freiburger Diözesanpartnerschaft mit Peru

Partnerschaften bringen beide Seiten voran: Viele Kinder aus dem nordirakischen Dohuk haben vor zehn Jahren Aufnahme in Baden-Württemberg gefunden. Sie waren vor dem Völkermord geflohen. Heute engagieren sie sich selbst mit anderen Jugendlichen für Entwicklungspolitik. In Burundi sichert der Partnerschaftskaffee die wirtschaftliche Existenz von tausenden Familien. Für die Hochschulen Rottenburg und Bujumbura ist er zugleich ein zentrales Forschungsobjekt, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren.

► **Die AMAHORO Landespartnerschaft mit Burundi (mit ihrer Basis und ihren 6 Clustern) und die Partnerschaftsinitiative Nordirak sollten langfristig begleitet und finanziell abgesichert werden. Die Pflege globaler Partnerschaften muss als zentrale Investition für den Frieden intensiviert werden.**

Mehr zu internationalen Partnerschaften ab S. 5.

FAZIT

Ohne Entwicklungspolitik verlöre Baden-Württemberg Attraktivität für Fachkräfte, Unternehmen und Wissenschaft, globale Netzwerke würden wegbrechen, Integrationsarbeit geschwächt. Auch zentrale Zukunftsfragen rund um den Klimawandel bis hin zu Lieferketten könnten nicht wirksam bearbeitet werden.

► **Der REZ fordert daher ein klares politisches und finanzielles Bekenntnis: Entwicklungspolitik muss als unverzichtbare Gemeinschaftsaufgabe verstanden, dauerhaft gefördert und strukturell verankert werden. Nur so kann Baden-Württemberg partnerschaftlich lokale Antworten auf globale Fragen finden und eine zukunftsfähige Gesellschaft sichern.**

Entwicklungspolitik als unverzichtbare Gemeinschaftsaufgabe für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg

Globale Herausforderungen wie die Klimakrise, geopolitische Spannungen und soziale Ungleichheiten können nur durch partnerschaftliche Zusammenarbeit gelöst werden. Genau hier setzt die Entwicklungspolitik an als Gemeinschaftsaufgabe, bei der Politik, Zivilgesellschaft, Kommunen, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft eng zusammenarbeiten müssen. In Baden-Württemberg ist die Entwicklungspolitische Landschaft breit aufgestellt: Partnerschaftliche Zusammenarbeit wird im Land und in Kommunen durch aktive, gut vernetzte zivilgesellschaftliche Organisationen und lokale Initiativen getragen. Die Menschen in Baden-Württemberg sind durch den Dialog Welt:Bürger gefragt! direkt an der internationalen Zusammenarbeit beteiligt. Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit berät als entwicklungspolitisches Fachgremium die Landesregierung. So verfügt Entwicklungspolitik made in Baden-Württemberg über die Expertise und den Zugang zu den Netzwerken, die es braucht, um globale Polykrisen gemeinsam effektiv anzugehen.

Es muss in diesen global stürmischen Zeiten mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Entwicklungspolitik sollte keine freiwillige Zusatzaufgabe sein – denn in den entwicklungspolitischen Themenfeldern werden genau die Baustellen adressiert, die bearbeitet werden müssen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu festigen und langfristig Frieden und Wohlstand zu sichern. Angesichts der globalen Machtverschiebungen werden Baden-Württemberg Kürzungen und Streichungen entwicklungspolitischer Programme langfristig teuer zu stehen kommen. Gerade das wirtschaftlich stark vernetzte Land darf nicht auf Kosten Anderer leben, sondern trägt eine besondere Globale Verantwortung für nachhaltige Entwicklung bei der Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, des Pariser Klimaabkommens, der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie der 2013 von der Landesregierung beschlossenen Entwicklungspolitischen Leitlinien.

Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ), dessen Geschäftsstelle bei der im Land und in der Welt vernetzten Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg liegt, stellt sich als Fachgremium und Netzwerk der entwicklungspolitischen Netzwerke Baden-Württembergs den geopolitischen sowie gesellschaftlichen Spaltungen und den budgetären Einsparungen entschieden entgegen. Baden-Württemberg muss jetzt Globale Verantwortung übernehmen und sich politisch zur

Entwicklungspolitik als unverzichtbarer Gemeinschaftsaufgabe bekennen! Der REZ fordert daher:

- ▶ **Internationale Partnerschaftlichkeit und Globale Verantwortung müssen als essentielle Handlungsmaximen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden die Leitlinien des politischen Handelns werden.** Die Politik des Landes muss mit hoher Priorität an der UN-Agenda 2030, dem Pariser Klimaabkommen, der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und an den Entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs ausgerichtet sein.
- ▶ **Verankerung von Entwicklungspolitik in der Regierungszentrale, denn Entwicklungspolitik braucht die klare politische Unterstützung und strukturelle Stärkung als Querschnittsaufgabe aller Ministerien.** Dies gelingt durch die direkte Ansiedlung bei dem Ministerpräsidenten / der Ministerpräsidentin, eine Vertretung im Kabinett und ein ressortübergreifendes Koordinierungsreferat. Eine kontinuierliche Koordination mit dem Bund und der EU, den Kommunen und den gesellschaftlichen Akteur:innen muss weiterhin dafür sorgen, dass Baden-Württemberg im Ländervergleich überdurchschnittlich viele Mittel einwirbt und so bspw. die Landesmittel für Burundi verdoppelt.
- ▶ **Die Entwicklungspolitische Landschaft Baden-Württembergs muss in der globalen Partnerschaftsarbeit und in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit strukturell, dauerhaft und verlässlich gefördert werden:** Als Gemeinschaftsaufgabe für unsere Zukunft müssen hier Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft eng zusammenarbeiten.

Dieses REZ-Expert:innenpapier zeigt, was baden-württembergische entwicklungspolitische Netzwerke leisten, Themenfelder ihres Wirkens und gibt Empfehlungen für die politische Entscheidungsfindung mit Anknüpfungspunkten in *alle* Politikbereiche.

Partnerschaften und Engagierte: Die wichtigste Ressource sind die Menschen

Entwicklungspolitik made in Baden-Württemberg ist global vernetzt, kompetent und wirksam, aber sie braucht ein klares politisches und budgetäres Bekenntnis.

Wie wollen und können wir gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und langfristig Frieden sichern? Das Sprichwort „Ubuntuzi bwa mbere n'abantu“ aus Baden-Württembergs Partnerland Burundi besagt: Die wichtigste Ressource sind die Menschen. Internationale Partnerschaften sind verbindende Elemente für unsere friedliche Welt von morgen. Baden-Württembergs Partnerschaften verbinden Menschen in Baden-Württemberg mit der Welt beständig und vielerorts: auf Landesebene, in Städten und Kommunen, in Kirchengemeinden, Schulen und Hochschulen, Sport und Kultur, Stiftungen und Organisationen und in vielen weiteren Räumen. In global stürmischen Zeiten steht es außer Frage, dass globale Partnerschaften weiter gepflegt und ausgebaut werden müssen, denn Europa, Deutschland und Baden-Württemberg sind auf den Erhalt einer regelbasierten internationalen Ordnung angewiesen. Dabei ist insbesondere Afrika der Nachbar-, Schlüssel- und Chancenkontinent, dem Baden-Württemberg sich mehr zuwenden sollte.

Globale Herausforderungen wie die Klimakrise, geopolitische Spannungen und soziale Ungleichheiten können nur durch partnerschaftliche Zusammenarbeit gelöst werden. Bestehende und potenzielle Kooperationspartner:innen im Globalen Süden gibt es zahlreiche – sie wollen aber nicht wie zum Dank verpflichtete Hilfeempfänger:innen behandelt werden, sondern erwarten zurecht mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Teilhabe durch echte Zusammenarbeit. Instabile Finanzierungen und punktuelles Engagement sind der falsche Ansatz diese umzusetzen – Partnerschaften brauchen vielmehr langfristige Perspektiven und müssen sowohl im Ausland durch Netzwerkpfege als auch durch entwicklungspolitische Inlandsarbeit begleitet werden.

BEST PRACTICES AUS BADEN-WÜRTTEMBERG

- Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) fördert seit 1991 global verantwortungsvolles Handeln als erfahrene Brückenbauerin zwischen allen relevanten Ebenen; sie pflegt Partnerschaften mit Netzwerken aus Politik, internationaler Zusammenarbeit, migrantisch-diasporischen Akteur:innen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft; sie ermöglicht Begegnungen und setzt Impulse. Mit Sensibilisierungs-, Bildungs- und Austauschformaten stärkt sie das Bewusstsein der Menschen in Baden-Württemberg dafür, wie sich lokales Handeln auf globale Zusammenhänge auswirkt.
- Die AMAHORO! Landespartnerschaft besteht seit über 40 Jahren zwischen Baden-Württemberg und Burundi im Zeichen des Friedens (Amahoro = Kirundi für Frieden). Mit der Académie de l'Amitié in Weingarten, dem Deutschzentrum in Bujumbura, dem Agroforstprojekt Burundi und der Partnerschaftsarbeit der Burundischen Diaspora in Deutschland. Die SEZ ist betraut mit der Koordination der zivilgesellschaftlichen Partnerschaftsarbeit und bietet Beratungs-, Begegnungs- und Teilnehmungsformate.
- Die Partnerschaftsinitiative Nordirak ist eine von der SEZ begleitete Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und dem Nordirak seit 2015 mit besonderem Schwerpunkt auf der Förderung von Ausbildung sowie Begleitung vom Genozid betroffener Bevölkerungsgruppen durch Psychotraumatologie, der Unterstützung von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in Dohuk und Sindschar durch Bildungs-, Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen, der Stärkung der wirtschaftlichen Teilhabe – insbesondere durch einkommensschaffende Maßnahmen für ezidische Frauen und Familien – sowie dem Aufbau partnerschaftlicher Strukturen. So werden auch Perspektiven für die Menschen vor Ort gestaltet und Ursachen für Flucht bearbeitet.
- bwirkt! – Förderprogramm der SEZ für entwicklungspolitische Projekte in Baden-Württemberg, im Ausland und im Partnerland Burundi aus Landesmitteln
- Die große Vielfalt der Partnerschaften in die Welt von Kirchengemeinden, Zivilgesellschaft, Kommunen und Hochschulen und Schulen, z. B.:
 - Die Freiburger Diözesanpartnerschaft mit der katholischen Kirche in Peru wurde 1986 ins Leben gerufen und verbindet heute rund 90 Pfarreien auf beiden Seiten des Atlantiks miteinander. Sie ist nur eine von vielen Partnerschaften der baden-württembergischen Kirchengemeinden in die Welt, s. a.

Diözese Rottenburg-Stuttgart, Erzdiözese Freiburg, Evangelische Landeskirche Württemberg und Evangelische Landeskirche in Baden.

- Das Cluster „Versöhnung und Friedensarbeit“ mit der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, den katholischen Diözesen Rottenburg-Stuttgart und Freiburg in Kooperation mit RAPRED-Girubuntu e.V. vernetzt wissenschaftliche, zivilgesellschaftliche und kirchliche Akteur:innen aus Baden-Württemberg, Burundi, Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo.
- Die Fachpromotorin für Internationale Partnerschaftsarbeit bei der SEZ stärkt Organisationen beim Aufbau und bei der Begleitung von zivilgesellschaftlichen Partnerschaften zwischen Baden-Württemberg und Ländern des Globalen Südens.
- Der Städtetag Baden-Württemberg listet in seiner Datenbank über 1.500 Kommunale Partnerschaften in die ganze Welt.
- Das Hochschulnetzwerk für globale Partnerschaften Baden-Württemberg setzt für sich den Ausbau globaler Partnerschaften im Hochschulbereich ein.
- Die Schulinitiative AMAHORO Burundi unterstützt den Ausbau der Schulpартnerschaften zwischen Baden-Württemberg und Burundi und wird vom Entwicklungspädagogischen Informationszentrum Reutlingen (EPIZ) geleitet.

EMPFEHLUNG

Partnerschaftliche Zusammenarbeit und entwicklungspolitische Inlandsarbeit stärken und ausbauen!

Brücken von Baden-Württemberg in die Welt bauen statt Chancen verpassen

- **Pfeiler der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg finanziell absichern!**
Die SEZ als Brückenbauerin, der Dialog Welt:Bürger gefragt! zur direkten Beteiligung von Bürger:innen mit der Messe Fair Handeln, das Eine-Welt-Promotor:innen-Programm für Expertise und lokalen Netzaufbau sowie bwirkt! für die finanzielle Förderung von Engagement und gemeinnützigen Trägerorganisationen müssen als Pfeiler der baden-württembergischen Entwicklungspolitik finanziell gesichert und ausgebaut werden. Sie benötigen einen festen Titel im baden-württembergischen Haushalt, der mehrjährige Fördermittel für Planungssicherheit und langfristige Wirksamkeit und Konzepte vorsieht.

- **Partnerschaftliche Zusammenarbeit im Ausland und entwicklungspolitische Inlandsarbeit zusammendenken und ausbauen!**

Die entwicklungspolitische Inlandsarbeit in Baden-Württemberg und die internationale partnerschaftliche Zusammenarbeit sollen durch eine dauerhafte strukturelle und finanzielle Förderung gestärkt werden, um Planungssicherheit und langfristige Wirksamkeit zu gewährleisten. Beide Seiten bilden die zentralen Säulen von Entwicklungspolitik und stärken in ihrer Kombination Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die große Vielfalt an Partnerschaften (z. B. von Städten, Kirchengemeinden, Hochschulen, Schulen, Stiftungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen) braucht Perspektiven statt punktuell Engagement. Kurz: Mehrjährige statt einjährige Förderung für mehr Planung und Wirksamkeit!

- **Kooperation mit Afrika als Schlüssel- und Chancenkontinent vertiefen!**

Baden-Württemberg braucht eine Afrika-Strategie, die auf der Initiative „Afrika im Blick“ aufbaut und mit angemessenen Haushaltsmitteln in den relevanten Ressorts unterlegt ist.

- **Hindernisse für globale Partnerschaften abbauen!** Dies bedeutet Ungleichheiten historischen Ursprungs in allen Feldern des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu benennen und abzubauen, etwa durch die Integration der deutschen Kolonialgeschichte und ihrer Nachwirkungen in Bildungspläne und Öffentlichkeitsarbeit.

- **Die AMAHORO! Landespartnerschaft mit Burundi** (mit ihrer Basis und ihren 6 Clustern) und die **Partnerschaftsinitiative Nordirak** sollen langfristig begleitet und finanziell abgesichert werden!

- Das Land Baden-Württemberg soll sich dafür einsetzen, dass Begegnungen und Austausch im Rahmen der Landespartnerschaften leichter ermöglicht werden: Bei Besuchen im Rahmen der Partnerschaften soll das Land beim Bund vereinfachte Visumsvergaben anregen. Der Austausch auf Hochschulebene soll durch die Abschaffung von Studiengebühren für Studierende aus den Partnerländern vorangetrieben werden.
- Die Jugend- und Kulturarbeit soll in der AMAHORO! Landespartnerschaft strategisch verankert werden: Unterstützen von Jugend- und Kulturprojekten im entwicklungspolitischen Kontext mit einem Ort der Partnerschaft im Herzen Baden-Württembergs, dem AMAHORO Café.



Interesse geweckt?

Kontakt zu REZ-Mitgliedern für die Bereiche partnerschaftliche Zusammenarbeit und entwicklungspolitische Inlandsarbeit:

Philipp Keil
Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit
Baden-Württemberg (SEZ)
Werastraße 24
70182 Stuttgart
keil@sez.de

Dr. Wolf-Gero Reichert
Diözese Rottenburg-Stuttgart
Eugen-Bolz-Platz 1
72108 Rottenburg
wgreichert@bo.drs.de

BEST PRACTICES AUS BADEN-WÜRTTEMBERG

- Der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB), seine 183 Mitgliedsorganisationen sowie Netzwerke in Baden-Württemberg und der Welt setzen sich seit fünf Jahrzehnten für eine gerechtere und solidarische Welt ein. Durch ihre Aktivitäten in den Bereichen Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung, globale Partnerschaften, Fairer Handel und solidarische Weltwirtschaft leisten sie alle einen entscheidenden Beitrag zu einer zukunftsgerechten Gesellschaft.
- Das Eine Welt-Promotor*innen-Programm stärkt das zivilgesellschaftliche Engagement von Organisationen, Initiativen und Bürger:innen in ihrem Einsatz für Globale Solidarität.
- Dialog Welt:Bürger gefragt! – der entwicklungspolitische Dialog der Landesregierung mit der Zivilgesellschaft mit jährlichen Beteiligungsformaten wie der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz und der Entwicklungspolitischen Regionalkonferenz

Fokus: Zivilgesellschaftliches Engagement

Stabilität und Solidarität statt Konflikt und Isolation

Eine starke Zivilgesellschaft ist grundlegend für den Erhalt von Demokratie und Globaler Solidarität. Zivilgesellschaftliche Partnerschaftsarbeit ist eine bedeutende Säule der Nord-Süd-Zusammenarbeit. Gerade in politisch schwierigen Zeiten sind es die partnerschaftlich Engagierten der Zivilgesellschaft, die Verbindungen in die Welt aufrechterhalten und als Vermittler:innen zwischen globalen Herausforderungen und lokalen Lösungen agieren. Darüber hinaus trägt ihre Bildungs- und Aufklärungsarbeit entscheidend zur Bewusstseinschärfung für globale Zusammenhänge bei und ist somit ein wesentlicher Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dennoch wird die Bedeutung zivilgesellschaftlicher entwicklungspolitischer Akteur:innen unterschätzt, unterfinanziert und politisch nicht ausreichend unterstützt. Organisationen konkurrieren um spärliche finanzielle Ressourcen in einer Zeit, in der zivilgesellschaftliche Räume zurückgedrängt werden.

EMPFEHLUNG

Zivilgesellschaft stärken!

- ▶ Der Dialog Welt:Bürger gefragt! mit seinen Beteiligungsformaten Entwicklungspolitische Landeskonferenz und Entwicklungspolitische Regionalkonferenz soll fortgeführt und angemessen finanziell ausgestattet werden.
- ▶ Das Eine Welt-Promotor*innen Programm soll gestärkt und verlässlich gefördert werden! Es soll als fester Titel im baden-württembergischen Haushalt verankert werden.
- ▶ Langfristige und planbare Finanzierungen für zivilgesellschaftliche Netzwerke sollen mit Landesmitteln verstetigt, erhöht und es sollte eine breitere Verteilung der staatlichen Fördergelder gesichert werden. Dauerhafte institutionelle Förderung zur Stärkung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit.
- ▶ Das Ehrenamt soll durch vereinfachte Antragsverfahren und flexible Engagementformen gestärkt werden. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips ist die organisierte Zivilgesellschaft besonders zu fördern, da sie glaubwürdig für die sozial-ökologische Transformation wirkt und auf lokaler Ebene durch kommunale Unterstützung Räume für Engagement schaffen kann.

- ▶ Zivilgesellschaftliche partnerschaftliche Strukturen ausbauen und „bottom-up“ weiterentwickeln: Einräumen langfristiger Finanzierungs- und Unterstützungsstrukturen für zivilgesellschaftliche Initiativen in der Partnerschaftsarbeit, Bereitstellung von Mitteln für Förderinstrumente mit mehrjähriger Laufzeit und Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen der Partnerschaftsarbeit strukturell stärken.
- ▶ Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Stimmen in Fachgremien und Dialogstrukturen sicherstellen: Als Anwalt der Beteiligung für entwicklungspolitische Themen sollte der REZ bei relevanten Bereichen eingebunden werden und eine Vertretung in den entsprechenden Fachdialog entsenden.



Interesse geweckt?

Siehe

[Ergebnisse der Entwicklungspolitischen Landeskongferenz 2025](#)

Kontakt zum REZ-Mitglied für den Bereich Zivilgesellschaft:

Gabriele Radeke

Dachverband Entwicklungspolitik
Baden-Württemberg (DEAB) e.V.
Vogelsangstraße 62
70197 Stuttgart
gabriele.radeke@deab.de

dieser Form ausfüllen können. Migrantisch-diasporische Organisationen bringen zu ihrer fachlichen Kompetenz den passenden Erfahrungshorizont mit: interkulturelle Kompetenzen, transkulturelle Interaktion und das Vermögen, Lösungen auf neue Begebenheiten anzupassen.

Gleichzeitig sieht sich das migrantische Engagement mit vielschichtigen Problemen konfrontiert. Auf struktureller Ebene wirken Ausgrenzungsmechanismen, die migrantischen Akteur:innen die Deutungshoheit über ihre eigenen Themen verwehren und eine angemessene finanzielle Förderung verhindern. Diese systemischen Barrieren verstärken sich durch Rassismus, Diskriminierungserfahrungen und koloniale Kontinuitäten, die den Zugang zu Entscheidungsprozessen zusätzlich erschweren.

BEST PRACTICES AUS BADEN-WÜRTTEMBERG

- Das [Interkulturelle Promotor*innen-Programm](#) stärkt das Potential von migrantischen Organisationen und verknüpft die Themen Integration und Globale Verantwortung für nachhaltige Entwicklung.
- Der [Fachbereich Eine Welt / Migration und Entwicklungspolitik](#) beim [Forum der Kulturen Stuttgart e.V.](#) begleitet migrantisches Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik fachlich
- [Migrantisches Entwicklungspolitisches Netzwerk Baden-Württemberg](#)
- [Afrika Forum Baden-Württemberg](#) – Plattform der afro-diasporischen Gemeinschaft in Baden-Württemberg
- [Panafrikanischer Rat Baden-Württemberg e.V.](#) – 2023 auf dem Afrika-Forum gegründet

Fokus: Migrantisches Engagement

Gesellschaftlicher Zusammenhalt statt Spaltung

Im Einwanderungsbundesland Baden-Württemberg haben über drei Millionen Menschen eine Migrationsgeschichte. Viele von ihnen sind in den Bereichen Soziales, Bildung, Kinder- und Jugendarbeit, Geflüchtetenunterstützung und Globale Solidarität aktiv. Dieses multifunktionale und bereichsübergreifende Engagement an den Schnittstellen zwischen Migration, Integration und Entwicklungspolitik verleiht ihnen eine einzigartige Stellung in der Zivilgesellschaft, die keine anderen Akteur:innen in

EMPFEHLUNG Migrantisches Engagement unterstützen und ausbauen!

- ▶ Das [Interkulturelle Promotor*innen-Programm](#) soll gestärkt und verlässlich gefördert werden!
- ▶ Die Maßnahmen des [Positionspapiers mit Handlungsimpulsen zur besonderen Stellung des \(post-\)migrantischen Engagements in der entwicklungspolitischen Förderlandschaft](#) sollen politisch umgesetzt werden.
- ▶ Die politische Beteiligungsstruktur von migrantischen und diasporischen Akteur:innen grundlegend

neugestalten. Dabei müssen die besonderen Rahmenbedingungen und strukturellen Herausforderungen berücksichtigt werden. Nur so können diese ihre Kompetenzen und ihr Engagement für Globale Verantwortung aktiv einbringen und politische Prozesse mitgestalten. Eine systematische Einbindung in Landesstrategien für globale Gerechtigkeit ist dabei unerlässlich.

- ▶ Das Kompetenzzentrum Migration, Entwicklung und Partizipation beim Forum der Kulturen e. V. soll als ein zentraler Struktur- und Vernetzungspunkt für das Themenfeld Migrantisches Engagement gestärkt werden. Es soll als anerkannte Fach- und Dialogstelle für Migration und Entwicklung etabliert werden. Eine langfristige institutionelle Förderung des Kompetenzzentrums durch das Land Baden-Württemberg ist dafür unverzichtbar.
- ▶ Das Interkulturelle Promotor*innen-Programm soll konsequent weiter ausgebaut werden, da es unverzichtbar an den Schnittstellen zwischen Migration, Integration und Entwicklungspolitik arbeitet. Das Programm bietet Qualifizierung, Vernetzung und Beratung und schafft somit gleichberechtigte Teilhabe. Mit Blick auf die notwendige Fachkräftegewinnung ist es essentiell, dass sich eingewanderte Fach- und Arbeitskräfte sowie Geflüchtete als Teil der Gesellschaft wahrgenommen und zugehörig fühlen. Durch den Ausbau von Vernetzungsstrukturen mit und durch Migrantenorganisationen soll es den Zugang zu Förderung und Strukturen Globaler Verantwortung im Land sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig stärken.
- ▶ Das Engagement und die Expertise der meist ehrenamtlich tätigen Akteur:innen von migrantisch-diasporischen Organisationen sollen angemessen honoriert werden, da ohne finanzielle Kompensation reelle politische Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit begrenzten Ressourcen nicht gewährleistet sind. Die Landesregierung soll zudem einen Preis für migrantisches Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit ausloben, um Zugang und Sichtbarkeit für das Engagement und die Expertise von migrantisch-diasporischen Organisationen zu ermöglichen.
- ▶ Förderstrukturen und Förderverfahren den Rahmenbedingungen des migrantischen Engagements anpassen: Die Landesregierung soll in den Leitlinien für Projektvergabe in der Inlandsarbeit explizit anerkennen, dass Migrantenorganisationen sich multifunktional und vielfältig auf allen Ebenen der Gesellschaft engagieren. Entsprechend müssen die Förderrichtlinien flexibel gestaltet werden, so dass Förderung nicht ressortgebunden, sondern ressortübergreifend

ausgerichtet ist. Hierfür benötigt es eine fundierte Erkenntnisgrundlage. Daher soll die im Positionspapier des Migrantischen Entwicklungspolitischen Netzwerks Baden-Württemberg vorgeschlagene Studie in Zusammenarbeit mit den verschiedenen o. g. migrantischen Akteur:innen und wissenschaftlicher Begleitung durchgeführt werden, um langfristig und nachhaltig Veränderungen zu bewirken.

- ▶ Auseinandersetzung mit Rassismus und Kolonialgeschichte vorantreiben:
 - ▶ Das Land soll die Initiative „Koloniale Verantwortung“ des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst auf das Partnerland Burundi ausweiten.
 - ▶ Das Kultusministerium Baden-Württemberg soll die Auseinandersetzung mit Rassismus und der Kolonialgeschichte und diskriminierungssensibler Sprache verbindlich in den Lehrplänen umsetzen.
 - ▶ Es sollen Antirassismus-Leitlinien erarbeitet und verpflichtende Antirassismus-Workshops für Institutionen des Landes, die im Bereich Globale Verantwortung und in Globalen Partnerschaften tätig sind, durchgeführt werden.
 - ▶ Die Diskussion über Rassismus, ungleiche Machtverhältnisse und Dekolonialität muss integraler Bestandteil der Arbeit für Globale Gerechtigkeit, der Entwicklungszusammenarbeit und von Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werden.
- ▶ Migrantisches Engagement bei der Arbeitsmigration einbinden: Migrantisches Engagement ist unverzichtbar für eine vielfältige und gerechte Arbeit für Globale Verantwortung. Mit Blick auf die notwendige Fachkräftegewinnung und den demografischen Wandel wird die Bedeutung migrantischer Akteur:innen für Baden-Württemberg als Wirtschafts- und Gesellschaftsstandort zusätzlich unterstrichen. Dabei ist es entscheidend, nicht nur neue Fachkräfte zu gewinnen, sondern auch durch Bürokratieabbau den erfolgreichen Einsatz bereits vorhandener Potenziale zu ermöglichen.



Interesse geweckt?

Siehe

[Positionspapier mit Handlungsimpulsen zur besonderen Stellung des \(post-\)migrantischen Engagements in der entwicklungspolitischen Förderlandschaft](#)

Kontakt zum REZ-Mitglied für den Bereich Migrantisches Engagement:

Paulino José Miguel

Forum der Kulturen Stuttgart e.V.
Marktplatz 4
70173 Stuttgart
paulino.miguel@forum-der-kulturen.de

- [Mindchangers Youth Declaration](#) – aus dem EU-Projekt [Mindchangers 2024](#) veröffentlichtes Abschlussdokument mit Forderungen junger Menschen zu entwicklungspolitischem Engagement
- Junge Initiative Future Fashion für nachhaltige Mode mit der Kampagne [Repair & Care](#) für bewussten Konsum
- Die [Weltkirchlichen Friedensdienste](#) des Bundes der Katholischen Jugend Deutschland und die Hauptabteilung Weltkirche bieten jungen Menschen aus der Diözese Rottenburg-Stuttgart die Möglichkeit, ein Jahr in Afrika, Lateinamerika oder Asien zu verbringen und laden junge Menschen aus den Partnerdiözesen nach Deutschland ein.
- [Weltdienst des Evangelischen Jugendwerkes](#) – betreut Partnerschaften weltweit, ermöglicht es jungen Menschen, einen Freiwilligendienst im Ausland zu absolvieren und leistet Bildungsarbeit

Fokus: Junges Engagement

Beteiligung junger Menschen statt Generationenkonflikt

Jede:r dritte Jugendliche in Baden-Württemberg ist in der Freizeit ehrenamtlich in formellen Organisationsformen engagiert. Junge Menschen engagieren sich für entwicklungspolitische Themen, wie Solidarität, Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit und übernehmen Verantwortung. Diese jungen Engagierten suchen Zugänge zu Förderungen, Netzwerken und Plattformen.

Trotz zahlreicher Fortschritte stoßen junge Menschen in Baden-Württemberg auf Hürden beim Engagement: z. B. durch mangelnde Anerkennung, fehlende Beteiligung an Entscheidungen und starre Strukturen. Oft fehlt es zudem an offenen, neutralen Räumen zur Vernetzung und Projektdurchführung, besonders im ländlichen Raum. Durch diese fehlende Öffnung der Strukturen für Junges Engagement ist es für junge Menschen schwierig oder gar unattraktiv, sich auf politischer Ebene einzubringen.

BEST PRACTICES AUS BADEN-WÜRTTEMBERG

- [Netzwerk Junges Engagement für Eine Welt Baden-Württemberg](#) – koordiniert beim Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
- [Jugend trifft Politik](#) – ermutigt und unterstützt junge Menschen, sich aktiv in politische Diskussionen einzubringen und gemeinsam für eine global gerechte und solidarische Welt einzusetzen

EMPFEHLUNG

Junges Engagement fördern!

- ▶ Expertise junger Menschen ernst nehmen und Jugendbeteiligung bei politischer Entscheidungsfindung herstellen und gesetzlich verankern.
- ▶ Zivilgesellschaftliches Engagement junger Menschen braucht verlässliche finanzielle Förderung und hauptamtliche Unterstützung. Besonders kleinere, neue und lokale Gruppen profitieren von niederschwelligen Förderstrukturen, welche teilweise schon von Stadt- und Kreisjugendringen angeboten werden. Diese sollen ausgebaut und weitere landesweit zugänglich gemacht werden. Zugleich braucht es langfristige Mittel, um koordinierende Hauptamtliche abzusichern, da ehrenamtlichen Jugendlichen oft die zeitlichen Ressourcen fehlen und in diesem Fall Hauptamt unterstützen kann.
- ▶ Junge Menschen brauchen neutrale Räume vor Ort, um sich zu begegnen, auszutauschen und ihre Initiativen umzusetzen. Bestehende Strukturen kommunaler Jugendringe sollten dafür weiter ausgebaut werden, da sie Partizipation ermöglichen und junge Menschen bei ihren Anliegen unterstützen.
- ▶ Ehrenamtliches Engagement junger Menschen braucht hauptamtliche Unterstützung, insbesondere für die Koordination, da Jugendlichen oft die zeitlichen Ressourcen fehlen. Es braucht langfristige Fördermittel, um bestehende hauptamtliche Stellen zu sichern.

- ▶ Häufig ist der Einstieg für soziales Engagement bei jungen Menschen ein Freiwilligendienst nach dem Schulabschluss oder der Ausbildung. Solche Dienste sind wichtig für die Kompetenzentwicklung junger Menschen und verhelfen ihnen zu neuen Perspektiven. Daher fordern wir besonders internationale Freiwilligenprogramme weiter auszubauen und zu fördern.
- ▶ Internationale Begegnungen sind wichtige, gut in den Alltag integrierbare Formate, die junge Menschen langfristig prägen und den Grundstein für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft legen. Dafür braucht es eine unbürokratische Förderung, die auch die Kosten der ausländischen Teilnehmenden (bspw. Visums- und Reisekosten) abdeckt.
- ▶ Engagement, besonders im Eine-Welt-Bereich, kann junge Menschen stark belasten – daher braucht es von der Landesregierung mehr Fokus auf *Mental Health Awareness* und konkrete Maßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit. Zudem fordern wir neue Formen der Wertschätzung wie Leistungspunkte im Bildungsbereich oder die Anerkennung von Engagement bei der Rente, entwickelt im Dialog mit Ehrenamtlichen.



Interesse geweckt?

Siehe

[Ergebnisse der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz 2022](#)

Siehe

[Engagement bieten – Engagement finden. Handreichung für entwicklungsbezogene Organisationen](#)

Kontakt zu REZ-Mitgliedern für den Bereich Junges Engagement:

Yasin Adigüzel

Evangelisches Jugendwerk in Württemberg
Haeberlinstraße 1–3
70563 Stuttgart
yasin.adiguel@ejwue.de

Ronja Kern

Landesjugendring Baden-Württemberg e. V.
Haberlinstraße 1–3
70563 Stuttgart
kern@ljbw.de

Fokus: Kommunen – Wo entwicklungspolitische Themen gelebt werden

Lokale Lösungen für globale Polykrisen

Kommunale Entwicklungspolitik entfaltet weltweit eine besonders große Wirkung, da viele Maßnahmen der UN-Agenda 2030 – konkret 110 der 169 SDG-Unterziele – auf lokaler Ebene umgesetzt werden müssen. Kommunen übernehmen dabei vielfältige Aufgaben: Sie fördern Integration, Bildung, Frieden, Demokratie und globale Partnerschaften, etwa durch Kooperationen mit Kommunen im Globalen Süden oder in Transformationsstaaten. Diese Zusammenarbeit ermöglicht Wissenstransfer, den Austausch guter Praxis und nachhaltige Verbesserungen vor Ort – sowohl in den eigenen Städten als auch weltweit. Städte und Kommunen nehmen auch eine zunehmend wichtige Rolle und Bedeutung in den internationalen Beziehungen im Bereich Städtediplomatie (Urban Diplomacy) ein: So wie sich die Welt im Moment verändert, braucht es die Beziehungen und Verbindungen auf kommunalen Ebenen – und von dieser ausgehend – mehr denn je. Kommunale Entwicklungspolitik ist damit ein wirkungsvolles Instrument zur Förderung einer gerechten, ökologischen und zukunftsfähigen Gesellschaft und für den Frieden.

Trotz ihrer Bedeutung ist kommunale Entwicklungspolitik keine kommunale Pflichtaufgabe, was besonders in der aktuellen angespannten Haushaltslage zu finanziellen Engpässen führt. Viele Kommunen verfügen über keine eigenen Mittel, obwohl entwicklungspolitische Arbeit zahlreiche Pflichtaufgaben wie Integration, Bildung oder Sicherheit unterstützt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, wie die folgenden Best Practices aus den zukunftsweisenden Themenfeldern kommunale Entwicklungspolitik zeigen.

BEST PRACTICES AUS BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN KOMMUNEN

- Kommunale Partnerschaften und internationale Kooperationsprojekte: Klimapartnerschaft Stuttgart mit Menzel Bourguiba (Tunesien) seit 2022 zu den Themen Klimafolgenanpassung und Klimaschutz
- Wirtschaft: Nachhaltiger Konsum und Produktion in Stuttgart und Ludwigsburg
- Migration und Integration: Stuttgarter Weg und Konstanz Internationale Stadt
- Demokratieförderung: Lange Nacht der Demokratie 2024

- Klima- und Umweltschutz: Ernährungsräte in Tübingen und Stuttgart, Verpackungssteuer der Städte Tübingen und Konstanz
- Voluntary Local Reviews zur Umsetzung der Agenda 2030: Hier sind baden-württembergische Kommunen und Landkreise Vorreiter, s. z. B. Enzkreis, Freiburg, Mannheim und Stuttgart

EMPFEHLUNG

Kommunale Entwicklungspolitik für gesellschaftlichen Zusammenhalt mitdenken und stärken!

- ▶ Robuste und realistische Finanzierung für Projekte der kommunalen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit bereitstellen. Bei der Gestaltung von Förderprogrammen sollten Kommunen stets mitgedacht werden und antragsberechtigt sein. Dabei sollten insbesondere personelle Mittel förderbar sein.
- ▶ Es sollte darauf hingewirkt werden, in Förderprogrammen verstärkt die Möglichkeit zur Finanzierung anteiliger Personalkosten zu eröffnen, um in den Verwaltungen Kapazitäten für entwicklungspolitische Projekte zu schaffen.
- ▶ Konsequente Einbeziehung der kommunalen Ebene in die entwicklungspolitischen und landespartnerschaftlichen Initiativen des Landes
- ▶ Kommunen sollen bei der ökofairen und sozialen öffentlichen Beschaffung unterstützt werden.
- ▶ Das Land soll sich beim Bund dafür einsetzen, dass Kommunen gemäß dem Konnexitätsprinzip für die Umsetzung der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit bzw. Agenda 2030 die notwendigen institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen erhalten.
- ▶ Intensivere Bildungsarbeit, um entwicklungspolitische Arbeit zu verstehen
- ▶ Handlungskonzept „Kommunale Entwicklungspolitik“ zusammen mit Bund, Kommunen und Zivilgesellschaft umsetzen.
- ▶ Der Bereich Städtediplomatie (Urban Diplomacy) soll als zukunftsweisendes Handlungsfeld von Kommunen anerkannt und finanziert werden.



Interesse geweckt?

Siehe

Roadmap und Leitfäden zu kommunaler Entwicklungspolitik:

Engagement Kommunal – mit lokalen Kräften global wirken – Bundesweit einmaliges Handlungskonzept für die kommunale Entwicklungspolitik als Roadmap in Baden-Württemberg

Handbuch zu Kommunalen Entwicklungspolitik – Praxisleitfaden für Neueinsteigende und aktive Kommunen, um diese „enkelkindtauglich“ zu gestalten

Junges Engagement für die UN-Agenda 2030 – Aus dem EU-Projekt Mindchangers entstandener Praxisleitfaden für Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen

Kontakt zu REZ-Mitgliedern für die Bereiche Kommunen und Städte:

Anke Wiedemann

Stadt Freiburg im Breisgau
Rathausplatz 2–4
79098 Freiburg im Breisgau
Anke.Wiedemann@stadt.freiburg.de

Dr. Frédéric Stephan

Landeshauptstadt Stuttgart
Marktplatz 1
70173 Stuttgart
Frederic.Stephan@stuttgart.de

Bildung und Wissenschaft: Gesellschaft weltbewusst und zukunftsfähig gestalten

Bildung und Wissenschaft spielen eine zentrale Rolle, um eine gerechte, nachhaltige und global verantwortliche Gesellschaft zu gestalten. In Baden-Württemberg tragen entwicklungspolitische Bildungsansätze dazu bei, globale Zusammenhänge verständlich zu machen und Menschen für eine zukunftsfähige Lebensweise zu sensibilisieren. Durch eine weltoffene Wissenschaft, Forschungskooperationen und engagierte Bildungsarbeit entstehen Impulse für solidarisches Handeln – lokal und weltweit.

Fokus: Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen

Weltbewusstsein lernen statt Lernstress und Doomscrolling

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen befähigen Menschen, komplexe globale Zusammenhänge zu verstehen und verantwortungsvoll zu handeln – von der Kita bis ins Erwachsenenalter. Angesichts von Klimakrise, Ungleichheit und Polarisierung fördern sie kritisches Denken, Perspektivwechsel, aktives Mitgestalten und den Erhalt der Demokratie.

In Baden-Württemberg existieren vielfältige BNE-Initiativen, doch sie benötigen stärkere politische Unterstützung. Bildungseinrichtungen und außerschulische Akteur:innen brauchen Zeit, Ressourcen und strukturelle Förderung, um BNE dauerhaft zu verankern. BNE ist kein Zusatz, sondern essenziell für eine zukunftsfähige, gerechte Gesellschaft.

BEST PRACTICES AUS BADEN-WÜRTTEMBERG

- Das bundesweit einzigartige Entwicklungspädagogische Informationszentrum Reutlingen (EPIZ) ist die Fachorganisation des Globalen Lernens ins Baden-Württemberg
- Die Schulinitiative AMAHORO Burundi macht die Partnerschaft Burundi – Baden-Württemberg für Schüler:innen greifbar
- Seit 2014 haben über 169 (Stand Oktober 2025) Fairtrade Schools in Baden-Württemberg dem Fairen Handel einen festen Platz im Schulalltag und Unterricht gegeben
- Weltacker 2GO – mobiles Bildungskonzept rund um zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung

EMPFEHLUNG

BNE und Globales Lernen mehr fördern!

- ▶ Globales Lernen und BNE im Bildungssystem, in Bildungsplänen und in der Bildungsverwaltung strukturell verankern und die Verschränkung von formaler und nicht-formaler Bildung intensivieren: Außerschulische Bildungsangebote in Lehrpläne integrieren und Lehrkräften Zeiträume für BNE-Inhalte zur Verfügung stellen.
- ▶ Internationale (Schul-)Partnerschaften durch finanziellen und strukturellen Ausbau von Lern- und Bildungspartnerschaften mit dem Globalen Süden stärken
- ▶ Zivilgesellschaftliche Bildungsarbeit und außerschulische Lernorte stabil finanzieren und strukturell fördern
- ▶ Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte: Thema koloniale Machtungleichheiten und ihre Nachwirkungen in Schul- und Bildungsformaten in Baden-Württemberg verankern
- ▶ Fairtrade Schools in Baden-Württemberg stärker fördern und sichtbarer machen



Interesse geweckt?

Siehe

Konzeption BNE-BW 2030 mit Eckpunkten für den BW-weiten BNE-Prozess

Kontakt zum REZ-Mitglied für den Bereich BNE und Globales Lernen:

Gundula Büker

Entwicklungspädagogisches Informationszentrum Reutlingen
im Arbeitskreis Eine Welt Reutlingen e. V.
Wörthstraße 17
72764 Reutlingen
gundula.bueker@epiz.de

- Kompetenzzentren für Themen der Nachhaltigkeit, z. B. Universität Konstanz, PH Heidelberg
- Studiengänge zu Nachhaltigkeitsthemen wie an der Hochschule Kehl oder das Studium Oecologicum, z. B. der Universität Mannheim und Universität Tübingen
- Forschungsk Kooperation im Multiakteur:innenprojekt zum burundischen Agroforst
- Africa Charter on Transformative Research Collaborations – Blick auf die Zusammenarbeit mit Wissenschaft auf dem afrikanischen Kontinent

Fokus: Hochschulen und Wissenschaft

Innovative Forschung und Kooperation statt Wettbewerb um die besten Köpfe verlieren

Die Hochschulen in Baden-Württemberg tragen durch transformative Forschung und Lehre wesentlich zur Bearbeitung globaler Herausforderungen bei. Globale Hochschulpartnerschaften zwischen Nord und Süd sind essenziell, um Perspektivenvielfalt zu fördern und nachhaltige Lösungen zu entwickeln.

Trotz bestehender Internationalisierungsbemühungen sind viele Hochschulen unzureichend auf globale Herausforderungen vorbereitet und im Wettbewerb um die besten Köpfe sogar schlecht aufgestellt. Eurozentrische Strukturen, mangelnde Reflexion kolonialer Kontinuitäten, bürokratische Hürden und fehlende Ressourcen erschweren gleichberechtigte Partnerschaften mit Hochschulen aus dem Globalen Süden. Hinzu kommen Hürden wie fehlende Willkommenskultur, Sprachbarrieren, Rassismen, lange Aufnahmeverfahren oder fehlender Wohnraum, die internationale Studierende und Forschende ausgrenzen.

BEST PRACTICES AUS BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN KOMMUNEN

- Africa Centre for Transregional Research an der Universität Freiburg – Kompetenzzentrum für transregionale, reziproke Afrikastudien und gesellschaftlichen Austausch

EMPFEHLUNG

Globale Hochschulpartnerschaften ausbauen und Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Baden-Württemberg steigern!

- ▶ Klare politische Signale für und institutionelle Verankerung von globalen Hochschulpartnerschaften durch verlässliche finanzielle Förderung
- ▶ Nachhaltigkeit, globale und entwicklungspolitische Themen in den Curricula von Studiengängen verankern
- ▶ Süd-Kooperationen von Hochschulen ausbauen: Ausbau von fairen Hochschulpartnerschaften mit dem Globalen Süden und mehr Öffnung für Südkooperationen durch Abbau von Kooperationshindernissen (Visaproblematik, Studiengebühren, Vorurteile, koloniale Kontinuitäten)
- ▶ Hochschulen zur nachhaltigen Beschaffung bewegen
- ▶ Attraktivität des Hochschulstandortes Baden-Württemberg steigern: Anreize für Hochschulen schaffen, um eine Willkommenskultur zu etablieren, sich auch nach innen zu internationalisieren und für internationale Wissenschaftler:innen interessanter zu werden
- ▶ Ausweitung der Initiative „Koloniale Verantwortung“ auf die entsprechenden Partnerschaften, insbesondere auf die AMAHORO! Landespartnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi: Stärkung der Forschungsarbeit zur deutschen Kolonialvergangenheit in Burundi sowie Provenienzforschung



Interesse geweckt?

Siehe

Empfehlungspapier des Hochschulnetzwerks für
Globale Partnerschaften

Empfehlungen des SDG-Hochschultages 2023

Kontakt zum REZ-Mitglied für den Bereich Hochschulen und Wissenschaft:

Dr. Martin Adelman

Arnold-Bergstraesser-Institut

Windausstr. 16

79110 Freiburg

martin.adelmann@abi.uni-freiburg.de

Wirtschaft und Handelsbeziehungen: Wege zu mehr Nachhaltigkeit und Effizienz

Nachhaltiges Wirtschaften sollte keine freiwillige Zusatzaufgabe, sondern der Standard von Wirtschaftskooperationen sein. In sich wandelnden geopolitischen Zeiten liegt großes Potential in neuen Handelsbeziehungen und Energiepartnerschaften mit Ländern des Globalen Südens. Das Gutachten Afrika im Blick zeigt hierzu relevante wirtschaftliche Anknüpfungspunkte zwischen Baden-Württemberg und Afrika auf. Baden-Württemberg als wirtschaftsstarkes Bundesland trägt eine besondere Verantwortung, seine Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nachhaltiger und global gerechter zu gestalten. Faire Lieferketten und die Förderung von Partnerschaften mit dem Globalen Süden können dabei nicht nur ökologische und soziale Standards weltweit stärken, sondern auch regionale Resilienz und Innovationskraft fördern und im Hinblick auf den Bereich Fachkräftegewinnung Triple Win Migration fördern, zum Vorteil aller am Migrationsprozess Beteiligten: der Migrant:innen, der Herkunfts- und der Zielländer. Gleichzeitig ist es vonnöten, vor der eigenen baden-württembergischen Haustüre zu kehren und beim Wirtschaften im Land den Umgang mit Ressourcen schonend und effizienter zu gestalten.

Fokus: Nachhaltiges Wirtschaften und Fairer Handel

Weltoffenheit und Handel statt Zölle und Exporteinbruch

Durch partnerschaftliche Handelsbeziehungen – getragen von gegenseitigem Respekt und Solidarität – entstehen Zukunfts- und Partnerschaftsperspektiven für Menschen weltweit. Ein zentraler Hebel hierfür ist der Faire Handel: Faire und langfristige Handelsbeziehungen in die Welt tragen zu Resilienz und besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen, Stärkung von kleinbäuerlichen Strukturen, Gleichberechtigung vulnerabler Gruppen, Förderung des Umweltschutzes und politischer Mitbestimmung von Welthandel bei. Gleichzeitig fördert der Faire Handel

nachhaltiges Wirtschaften im Land und sensibilisiert Bürger:innen für bewussten Konsum. Das Land setzt die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und ist gleichzeitig selbst Akteur der Wirtschaft, der als unternehmerisches und gesellschaftliches Vorbild selbst ein klares Konzept für Globale Verantwortung verfolgen sollte.

Die Messe Fair Handeln ist seit zwei Jahrzehnten über Baden-Württembergs Grenzen hinaus *die* bekannte Plattform für nachhaltiges Wirtschaften, Fairen Handel und Branchentreff für entwicklungspolitische Akteur:innen. Sie hat Anknüpfungspunkte in jeden Politikbereich, denn es geht um Nachhaltigkeit im gesamten Fair Land. Als öffentlich bekannte und politisch geschätzte Messe birgt sie enormes Potential für die Weiterentwicklung nachhaltiger Themen und die Einbeziehung erweiterter Zielgruppen, insbesondere bei jungen und wirtschaftlichen Zielgruppen.

BEST PRACTICES AUS BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN KOMMUNEN

- Messe Fair Handeln
- Future Fashion für nachhaltige Mode mit der Kampagne Repair & Care für bewussten Konsum
- Weltläden in Baden-Württemberg – Als Fachgeschäfte des Fairen Handels seit Jahrzehnten etabliert
- Hilfestellung und Muster-Dienstanweisung für nachhaltige Beschaffung in den Kommunen der Metropolregion Rhein-Neckar

EMPFEHLUNG

Nachhaltige Wirtschaftsbeziehungen und Fairen Handel stärken und Baden-Württemberg zum Fair Länd machen!

- ▶ Klares politisches Bekenntnis und ressortübergreifende Unterstützung nachhaltiger Wirtschaftsbeziehungen in die Welt, insbesondere entlang der im Gutachten Afrika im Blick aufgezeigten Anknüpfungspunkte
- ▶ Messe Fair Handeln als zentrale Plattform des Landes für faire und Nachhaltigkeitsfragen budgetär stärken und als Fair Länd Messe weiterdenken, um mehr Zielgruppen zu erreichen, bspw. durch Förderung von Initiativen wie Future Fashion
- ▶ Erfolgreiche Ansätze nachhaltiger Beschaffung sowie Klima- und Gemeinwohlbilanzierung bei Unternehmen mit Landesbeteiligung sollen umgesetzt, weiterentwickelt und gesetzlich verankert werden, um Sozial- und Umweltstandards konsequent anzuwenden. Ein Monitoringsystem, Schulungsangebote und eine Landeskompentenzstelle sichern die Umsetzung und Weiterentwicklung dieser Ziele.
- ▶ Die Automobilunternehmen in Baden-Württemberg tragen mit ihren Zulieferbetrieben und internationalen Standorten eine besondere Globale Verantwortung für faire, nachhaltige Lieferketten und Klimaschutz. Diese Verantwortung soll im Strategiedialog Automobilwirtschaft berücksichtigt werden.
- ▶ Migrantische Unternehmer:innen bieten Expertise und bilden eine Brücke in ihre Heimatländer:
 - ▶ Sie benötigen als Partner:innen der Wirtschaft klar definierte Ansprechpartner:innen und Fördermöglichkeiten. Austauschformate für Wirtschaftsakteur:innen zu gerechten Handelsbeziehungen, nachhaltigem Wirtschaften und Ressourcengerechtigkeit in Kooperation mit Südpartner:innen sollen etabliert werden.
 - ▶ Das Konzept Triple Win Migration zum Vorteil aller am Migrationsprozess Beteiligten (der Migrant:innen, der Herkunfts- und der Zielländer) soll im Hinblick auf die baden-württembergische Fachkräftegewinnung und unter Einbindung migrantischer Netzwerke angewendet werden.
 - ▶ Migrantische Unternehme:rinnen sollen dabei unterstützt werden, Zugang zu Förderinstrumenten für die Wirtschaft zu erhalten.

- ▶ Das Global Partnership for African Development Forum (G-PAD) soll als Plattform für Wirtschaftskooperationen mit afrikanischen Ländern ausgebaut und langfristig gefördert werden.



Interesse geweckt?

Kontakt zum REZ-Mitglied für den Bereich Wirtschaft:

Steffen Müller

GESTE – Genossenschaftliche Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart
steffen.mueller@stiftung-geste.de

Kontakt zum REZ-Mitglied für den Bereich Fairer Handel:

Lena Wimmer

Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit
Baden-Württemberg
Werastraße 24
70182 Stuttgart
wimmer@sez.de

Fokus: Ressourcen-gerechtigkeit und Ressourceneffizienz

CO₂ sparen und Ressourcen schonen statt Klimakrise und Verschwendung

Der globale Bedarf an natürlichen Ressourcen, insbesondere an metallischen Rohstoffen, steigt exponentiell an. Hauptursachen sind die Umstellung auf Elektromobilität und erneuerbare Energien sowie der Ausbau digitaler Infrastruktur, die nicht nur große Mengen kritischer Rohstoffe wie Lithium, Kobalt, Seltene Erden und Kupfer erfordern, sondern auch erhebliche Mengen an Wasser, Energie und Land beanspruchen.

Als wirtschaftsintensiver Industriestandort trägt Baden-Württemberg in diesem Kontext eine besondere Verantwortung. Besonders problematisch ist dabei die ungleiche globale Verteilung der Lasten und Nutzen: Während die Wertschöpfung überwiegend in rohstoffverarbeitenden Ländern im Globalen Norden stattfindet, tragen rohstoffabbauende Länder im Globalen Süden die ökologischen

und sozialen Lasten. Diese ungleiche Verteilung macht Ressourcengerechtigkeit zu einer zentralen Herausforderung unserer Zeit. Es ist Zeit für eine grundlegende Rohstoffwende – eine systematische Transformation des baden-württembergischen Umgangs mit Rohstoffen, die über technische Effizienzsteigerungen hinausgeht und strukturelle Veränderungen in der globalen Rohstoffwirtschaft anstrebt.

BEST PRACTICES AUS BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN KOMMUNEN

- Landesstrategie Ressourceneffizienz
- Forschungsprojekt „Rohstoffbedarf Baden-Württemberg: Analyse, Risikobewertung und Zukunftskonzepte“ von Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V., ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH und Werkstatt Ökonomie e.V.
- Handyaktion Baden-Württemberg

EMPFEHLUNG **Baden-Württembergs Umgang mit Ressourcen fairer und effizienter machen!**

- ▶ **Nachhaltige Rohstoffpolitik für Menschenrechte, Umwelt und Klima implementieren:** Baden-Württemberg ist als einer der größten Rohstoffverbraucher der Welt in hohem Maß von Importen aus dem Ausland abhängig und sollte die Rohstoffwende vorantreiben. Der Rohstoffverbrauch, ein effizienter Ressourceneinsatz und eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft müssen ganzheitlich mit ihren Auswirkungen auf Menschenrechte, Umwelt und Klima in den Blick genommen werden.
- ▶ **Rohstoffverbrauch reduzieren durch:**
 - ▶ Wirtschaftsförderung soll an Mindeststandards für unternehmerische Verantwortung und Ressourceneffizienz gekoppelt werden. Eine landesweite Zertifizierung ressourcenschonender Unternehmen kann dabei als Fördervoraussetzung dienen.
 - ▶ Die Kreislaufwirtschaft in Baden-Württemberg soll durch gezielte Förderung von Forschung, Unternehmen und regionaler Recyclinginfrastruktur deutlich ausgebaut werden, um den Primärrohstoffbedarf zu senken. Eine enge Zusammenarbeit

zwischen Ministerien, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kommunen ist dafür essenziell.

- ▶ Baden-Württemberg soll eine landesweite Suffizienzstrategie unter dem Motto „Weniger ist mehr“ entwickeln, um den Ressourcenverbrauch wirksam zu senken. Dafür sind unter anderem ein Expert:innenrat, Reparaturförderung, Bildungsprogramme und die Integration von Suffizienz in Planung und Handwerk vorgesehen.

- ▶ **Verpflichtende Regelungen für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards durch:**

- ▶ Die öffentliche Beschaffung in Baden-Württemberg soll gezielt als Hebel für soziale und ökologische Standards genutzt werden, etwa durch ein Landesvergabegesetz und verbindliche Kriterien in der Verwaltungsvorschrift. Ergänzend sind Schulungsangebote auszubauen und nachhaltige Beschaffung in der Ausbildung und Beratung zu verankern.
- ▶ Zur Unterstützung von KMU bei der Umsetzung von Sorgfaltspflichten sollen ein Helpdesk, Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Finanzierungsinstrumente in Zusammenarbeit mit Kammern und dem Finanzsektor aufgebaut werden. Ziel ist es, nachhaltige Beschaffung und Investitionen gezielt zu fördern und praktikabel zu gestalten.

- ▶ **Ungleiche globale Wirtschaftsstrukturen abbauen:**

- ▶ Außenwirtschaftsförderung des Landes neu ausrichten durch konsequente Kopplung an die Umsetzung unternehmerischer Sorgfaltspflichten, Nachhaltigkeitskriterien und eine starke Stakeholderbeteiligung sowie Förderung von lokaler Wertschöpfung in den Abbauländern
- ▶ Baden-Württemberg soll einen gleichberechtigten Wissens- und Technologieaustausch mit dem Globalen Süden fördern, der lokales Know-how anerkennt und auf gegenseitigem Lernen basiert. Dazu gehören faire Forschungspartnerschaften, Technologie-Sharing-Programme und langfristige Kooperationen in der Berufsbildung auf Augenhöhe.
- ▶ Ein dauerhaft gleichberechtigter Dialog mit der Zivilgesellschaft in Abbauländern soll durch regelmäßige, institutionalisierte Austauschformate und konkrete Arbeitsgruppen zu Umwelt, Arbeitsrechten und lokaler Wertschöpfung sichergestellt werden. Ergänzend sollen Öffentlichkeitskampagnen in Baden-Württemberg das Bewusstsein für Ressourcengerechtigkeit stärken.



Interesse geweckt?

Siehe

Ergebnisse der Entwicklungspolitischen
Landeskonferenz 2024

Kontakt zum REZ-Mitglied für den Bereich Ressourcen:

Dr. Dolgor Guntsetseg

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg
(DEAB) e. V.
Vogelsangstraße 62
70197 Stuttgart
guntsetseg@deab.de

EMPFEHLUNG

Nachhaltige Landwirtschaft für Ernährungsgerechtigkeit stärken!

- ▶ Nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung fördern: Vorbildfunktion öffentlicher Einrichtungen stärken durch mindestens 50 % bio-regionale und faire Produkte; Einbeziehung globaler Perspektiven bei der geplanten Evaluation der VwV Kantine 2027
- ▶ Bildungsangebote für nachhaltige Ernährung ausbauen: Durch den dauerhaften Ausbau von Projekten wie „Weltacker2GO“ und mehr Ernährungsbildung in Schulen mit leicht verständlichen Bildungsmaterialien und Sensibilisierung für die Auswirkungen des Lebensstils in Baden-Württemberg auf den Globalen Süden.
- ▶ Landwirtschaft in Zusammenhang mit Globalen Partnerschaften denken: Forschungskooperation wie im Multiakteur:innenprojekt zum burundischen Agroforst weiterführen, auf weitere Kontexte übertragen und Begegnungsformate im Sinne einer Lernpartnerschaft durchführen

Fokus: Nachhaltige Landwirtschaft und resiliente Ernährungssysteme

Zukunftsfähige Ernährung statt Krise auf Acker und Teller

Nachhaltige Landwirtschaft und resiliente Ernährungssysteme sind die wesentlichen Hebel für eine sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Zukunft. Die Landespolitik Baden-Württembergs soll Ernährung und Landwirtschaft stärker im Sinne der UN-Agenda 2030 ausrichten und sowohl lokale als auch Globale Verantwortung übernehmen. Baden-Württemberg sollte sich für Ernährungsgerechtigkeit einsetzen und Ernährungssysteme gerechter, umweltfreundlicher und resilienter gestalten.

BEST PRACTICES AUS BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN KOMMUNEN

- Ernährungsrät:innen in Tübingen und Stuttgart
- Weltacker2GO – mobiles Bildungskonzept rund um zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung
- Lernpartnerschaft Baden-Württemberg mit Burundi mit Forschungskooperation zu Agroforst und Begegnung von Landfrauen aus Nord und Süd



Interesse geweckt?

Kontakt zum REZ-Mitglied für den Bereich Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungsgerechtigkeit:

Gabriele Radeke

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg
(DEAB) e. V.
Vogelsangstraße 62
70197 Stuttgart
gabriele.radeke@deab.de

Wie sähe Baden-Württemberg aus, wenn es keine Entwicklungspolitik gäbe?

Ohne Entwicklungspolitik wäre Baden-Württemberg unattraktiv für international denkende Unternehmen, Forscher:innen, Künstler:innen und Fachkräfte. Globale Netzwerke, interkulturelle Impulse und innovative Kooperationen wären stark eingeschränkt, was einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg bedeuten würde. Auch würden Integrationsarbeit und Integrationsorte, die migrantische Vereine und global Engagierte anbieten, wegfallen, was negative Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe hätte. Baden-Württemberg würde Beziehungen und Kommunikationskanäle und damit außenpolitisches Gewicht und Ansehen verlieren.

Ohne entwicklungspolitische Bildung und Diskussionen über globale Gerechtigkeit, Solidarität und nachhaltige Entwicklung würden viele Herausforderungen unserer Zeit – von Klimawandel über Lieferketten bis hin zu Frieden, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Fluchtursachen – nicht mehr in ihrem Zusammenhang globaler Chancen und Krisen betrachtet. Dies würde Baden-Württemberg langfristig wirtschaftlich und gesellschaftlich schwächen. Dieses Szenario ist nicht zukunftsfähig.

Wir, der REZ, möchten daher mit Ihnen über die Stärken der Entwicklungspolitik sprechen und was in der nächsten Legislaturperiode erreicht werden kann. Treten Sie mit uns in Kontakt!

Das ist der Rat für Entwicklungszusammenarbeit

Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) ist der Fachbeirat der Landesregierung Baden-Württemberg für die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien. Er ist zugleich das Netzwerk der entwicklungspolitischen Netzwerke Baden-Württembergs: Der REZ vernetzt Akteur:innen der Entwicklungspolitik im Land, stärkt die gemeinsame Koordination, gibt Impulse und ist Anwalt der Beteiligung.

Organisationen im REZ

Arnold-Bergstraesser-Institut • Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. • Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit • Diözese Rottenburg-Stuttgart • Engagement Global, Außenstelle Stuttgart • Entwicklungspädagogisches Informationszentrum Reutlingen • Erzdiözese Freiburg • Evangelische Landeskirche in Baden • Evangelische Landeskirche in Württemberg • Evangelisches Jugendwerk in Württemberg • Forum der Kulturen Stuttgart e.V. • Fritz-Erler-Forum / Friedrich-Ebert-Stiftung • Gemeindetag Baden-Württemberg • Genossenschaftliche Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit • Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg • Initiative EINE WELT Köngen e.V. • Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / Politisches Bildungsforum Baden-Württemberg • Landeshauptstadt Stuttgart • Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. • Landkreistag Baden-Württemberg • Reinhold-Maier-Stiftung Baden-Württemberg • Stadt Freiburg im Breisgau • Städtetag Baden-Württemberg • Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg

HERAUSGEBER

Geschäftsstelle des Rats für
Entwicklungszusammenarbeit (REZ)

Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit
Baden-Württemberg (SEZ)
Werastraße 24
70182 Stuttgart

rez@sez.de www.sez.de/rez
www.sez.de/rez-expp

Redaktion: Diana Griesinger, Dr. Dolgor
Guntsetseg, Ralf Häußler, Ronja Kern,
Paulino José Miguel, Lena Wimmer

Stuttgart, November 2025